

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung im Verlagsbüro oder bei den Ausgabeorten 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 RM. bei Vorbestellung jährlich 24 RM. Die Postgebühren sind eingeschlossen. Einzelnummern 5 Pf. Wochensubskriptionen 2 RM. 50 Pf. Die Wochensubskriptionen sind im Voraus zu zahlen. Bei Abnahme für mehrere Exemplare sind die Preise entsprechend zu ermäßigen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 8 spaltenreiche Nummer 20 Pf., die 4 spaltenreiche Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 spaltenreiche Nummer 10 Pf., die 1 spaltenreiche Seite 5 Reichspfennig. Nachverdingungen 20 Reichspfennig. Sonstige Anzeigen 10 Reichspfennig. Die Anzeigen sind nach Möglichkeit bis 10 Uhr am Vormittag zu bringen. Bei Abnahme bis zum 10. Uhr durch Fernruf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers strafbar. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Anzeigen trägt der Anzeigengeber. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für den Inhalt der eingereichten Anzeigen, wenn diese nicht durch den Anzeigengeber in Kenntnis gesetzt sind.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.
 Nr. 141 — 89. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 20. Juni 1930

Ablösung vor!

Des großen Humoristen Julius Zietzenheim bekannt: Journalistensignur Wippchen — er pflegte mit besonderer Vorliebe in einem Satz zwei Sprichwörter oder Bilder ähnlicher Art läßt durcheinanderzuquirlen — würde das Verhalten der Parlamentariermitglieder bzw. -fraktionen zu der gegenwärtigen Krise mit dem treffenden Worte kennzeichnen: Ein gebranntes Kind scheut das heiße Eisen — wobei unter diesem „heißen Eisen“ das Reichsfinanzministerium zu verstehen ist. Auch Doktor Moldenhauer droht in der Versenkung zu verschwinden, obwohl er doch noch nicht ein halbes Jahr auf der Bühne der Politik als Finanzminister agierte. Man hatte ihm wegen seines Auftretens auf der Haager Konferenz recht wie und nicht ganz unverdiente Vorbeurteilungen gestiftet; aber die sind jetzt verrotten, verstaubt und die Goldschristen auf den Schleifen ist schon halb unsichtbar geworden. „Von seinen Freunden verlassen“ oder mehr noch als dies: von seiner eigenen Fraktion recht deutlich gemahnt, sein Amt aufzugeben, hat Dr. Moldenhauer geglaubt, diesem Mißtrauen Rechnung tragen zu müssen, also zu kampfparlamentarisch geführter Regierungen; ein Minister, dem ausdrücklich, gleichgültig, ob offen oder verdeckt die Durchführung seiner politischen Absichten parlamentarische Mehrheit nicht länger zur Seite stehen will, ihm sogar in beionier Deutschland gegenüber, muß eben gehen, da er ja so launig Verfassung für seine Weisheitsführung des Verräumens des Reichstages bedarf. Daß Dr. Moldenhauer dies nicht mehr bejaht, sagt er sich selbst und zieht die Folgerungen daraus. Besonders, da es eben die eigenen Parteifreunde sind, die ihm den Wind mit dem Haunpfeil geben.

Trotzdem hat das Kabinett einstimmig den bisherigen Reichsfinanzminister ersucht, im Amt zu bleiben, und der Reichsfinanzminister hat dem Reichspräsidenten die Verantwortung übertragen, Dr. Moldenhauer im Amt zu halten. Das kompliziert natürlich die an sich schon sehr verwickelte innenpolitische Lage noch mehr. Die „Reichsregierung“ hat sich abgemacht, wie die Disziplinierung, die Preußen mit seiner neuen Anregung einer 24prozentigen Sondersteuer zugunsten der Arbeitslosenversicherung und mit seinen anderen Steuerprojekten gab.

Trotzdem kann ja natürlich das Kabinett den Kampf um seine eigene Sache beim Reichstag einbringen und, wie im April, zur „offenen Feldschlacht“ antreten. Denn die Regierung will sich als so das Steuer des Reiches nach eigenem Ermessen führt, eine „Opferung“ Dr. Moldenhauers an irgendeine parlamentarische Plattform würde natürlich in anderen Kreisen bringen, es schließlich doch den ganz anderen Mehrheitsverhältnissen des Reichstages auszuweichen. Deswegen wendet sich das Berliner Organ des Reichstages, also der Partei des Reichsfinanzministers Dr. Siegelwald, mit auffällender Schärfe gegen das Vorhaben der Deutschen Volkspartei, der es die eigentliche Schuld an der Krise im Moldenhauer zuschiebt. Und letztlich anders gefasst werden soll, wer gegebenenfalls tatsächlich die Erbschaft — eine höchst unangenehme Erbschaft — anzutreten hätte, nach der sich wirklich niemand weigern sollte, was man auch niemandem verdienen kann, an dem deutschen Finanzfeld die Finger verbrannt haben.

Dahilfegesetz im Reichstag.

Die Veroppelung des Finanzjahresprogramms mit der großen Finanzreform. Das Dahilfegesetz und der Gesetzentwurf über die Deutsche Wirtschaft sind jetzt dem Reichstage zugegangen. Die Veroppelung des Dahilfegesetzes ist bekannt. Das Programm, welches den Inhalt des Gesetzentwurfs ist, besteht aus 25 Millionen an Zuschüssen des Reiches und 250 Millionen Darlehen aus dem Reich im Jahre 1930 in Höhe von 120,3 Millionen. In der Begründung zu dem Gesetzentwurf

klärt die Reichsregierung, es sei heute offenbar, daß der wirtschaftliche Wirtschaftskreislauf von Störungen der Produktion, Zusammenbrüchen in der Landwirtschaft, von einer Verdrückung des Kreditlebens, von Absinken der Kultur, von Verschärfung infolge der Durchschneidung der Verkehrsverbindungen, von Absinken der Produktion, von Absinken und insbesondere von der ungewissem Zunahme der Arbeitslosigkeit, der Erwerbslosigkeit und die Arbeitslosen in die Lage versetzt werden, auf die gleiche Stufe mit anderen Landesstellen wettbewerbsfähig zu werden. Der

Bestand der Bevölkerung durch starken Ausbau der Siedlung erhöht werden. Das Dahilfegesetz ruhe auf dem Wirksamwerden der allgemeinen Maßnahmen, welche die Reichsregierung durch Stabilisierung des Haushalts und durch die Agrarhilfe eingeleitet hat. Insbesondere bildeten die zum Schutz der Landwirtschaft auf dem Gebiete der Preispolitik getroffenen Maßnahmen erli-

Moldenhauers Rücktritt angenommen

Umarbeitung der Steuervorlagen.

Vortrag beim Reichspräsidenten.

Mit dem Beschluß des Reichskabinetts, dem Reichspräsidenten die Entscheidung darüber zu überlassen, ob das Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer in die Tat umgesetzt werden soll oder nicht ist die Lösung der Regierungskrise um ein paar Tage hinausgeschoben worden. Reichspräsident von Hindenburg befindet sich auf seinem Gut Reuded, wo er seit den Pfingsttagen Erholung sucht. Der Leiter der Staatskanzlei des Reichspräsidenten, Staatssekretär Dr. Meißner, hat sich nach Reuded begeben, um Hindenburg Vortrag über das Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers und die innenpolitische Lage zu halten. Staatssekretär Dr. Meißner wird die Information Hindenburgs aus eigenen Anschauungen vornehmen, die er sich bei der letzten Sitzung des Reichskabinetts, an der er selbst teilgenommen hat, gebildet hat. Ob und wann Reichskanzler Dr. Brüning sich auch nach Reuded begibt, um dem Reichspräsidenten Vortrag über die Lage zu halten, steht noch nicht fest. Die ebenfalls für Donnerstag geplant gewesene Reise hat der Reichskanzler aufgegeben, da er an der Länderkonferenz, die am Freitag in Berlin zusammentritt, gern persönlich teilnehmen möchte.

Die Deutsche Volkspartei scheint sich mit dem Beschluß des Reichskabinetts, Dr. Moldenhauer auf alle Fälle zu halten, nicht zufriedengeben zu wollen. Sie will sich auf jeden Fall von Moldenhauer als Reichsfinanzminister trennen. Dr. Scholz, der Führer der Deutschen Volkspartei, hatere dem Reichskanzler einen Besuch abgeworfen, wobei Dr. Scholz den Reichskanzler hat wissen lassen, daß die Volkspartei das Kabinett nicht weiter unterstützen würde, wenn Dr. Moldenhauer im Amt verbleiben sollte. Mit diesem neuen Schritt von Dr. Scholz dürfte eigentlich das Schicksal Dr. Moldenhauers besiegelt sein. Daran

dürften auch kaum die Versuche des Reichskanzlers etwas ändern, der in Gemeinschaft mit Dr. Moldenhauer daran gegangen ist, die Steuerpläne, vor allem das Notopfer, einer Umarbeitung zu unterziehen. Besonders das Notopfer soll etwas spezieller gefasst werden, außerdem will man versuchen, die von allen Seiten geforderten Abstriche am Haushaltsplan vorzunehmen.

Reichskanzler Brüning mit der Weiterführung beauftragt

Berlin, 20. Juni. Amlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von Hindenburg hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Professor Dr. Moldenhauer auf sein Ansuchen aus dem Amte des Reichsministers der Finanzen entlassen und den Reichskanzler Dr. Brüning bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Finanzen beauftragt.

Reichsrat am Sonnabend.

Der Reichsrat ist für Sonnabend zu einer Sitzung einberufen worden. Von den Deckungsvorlagen steht allein der Besetzungswurf zur Änderung des Arbeitslosenversicherungs-gesetzes auf der Tagesordnung. Neben weiteren kleineren Vorlagen sollen ferner die Ausführungsbestimmungen des Reichs zum Gasstätten-gesetz erledigt werden. Die Besetzungswurfe über die Reichshilfe der Reichsbedienten, das Lediggenotopfer und die Reform der Krankenversicherung sind zunächst nur zum Zwecke der formalen Ausschussüberweisung auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Neuordnung der Milchwirtschaft.

Die Bauernvereine für Reichsleitung des Milchgesetzes. Die Vereinigung der deutschen Bauernvereine hat in der Sitzung ihres Ausschusses für milchwirtschaftliche Fragen Stellung zu dem soeben dem Reichstag zugegangenen Milchgesetzentwurf genommen. In einer diesbezüglichen Entscheidung heißt es, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine fordere die baldmöglichste Inkraftsetzung des Milchgesetzes und erwarte, daß der Reichstag den ihm vorgelegten Milchgesetzentwurf noch vor der Sommerpause verabschiede. Die ungünstigen Verhältnisse in der deutschen Milchwirtschaft würden mit jedem Tage unerrätlicher. Ein Hauptziel sei die mangelhafte Organisation unserer Milchwirtschaft. Aufgabe des Milchgesetzes sei es, die Neuordnung der deutschen Milchwirtschaft durch erforderliche innerwirtschaftliche Maßnahmen den Weg zu bereiten.

Staatsgerichtshof wegen der Grundsteuerneuerordnung angereufen.

Berlin. Wie die Nationalliberale Korrespondenz erfährt, hat die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei wegen der Grundsteuerneuerordnung die Entscheidung des Staatsgerichtshofs angereufen. Die Regierungsparteien waren bei der Abstimmung im Plenum über die von ihnen selbst beantragte Schaffung von besonderen Staatszuschüssen zur Grundsteuerneuerordnung so schlecht vertreten, daß es angesichts der geschlossenen Opposition sämtlicher anderen Parteien, die sich an der Abstimmung nicht beteiligten, zu keiner Beschlußfassung des Landtags kam. Die Regierung verfügte nunmehr durch Notverordnung die Erhöhung der Kreissteuer und der Ständige Ausschuss, in dem die Beauftragten der Steuer die Mehrheit hatten, stimmte zu. Diese Abstimmung fand schon am nächsten Tag nach der Verlesung des Landtags statt. Nunmehr wird der Staatsgerichtshof zu prüfen haben, ob der lediglich für ungewöhnliche Vorstände eingesetzte Ständige Ausschuss des Landtages verfassungsmäßig befugt war, seinerseits eine Notverordnung mit Gesetzeskraft zu erlassen.

Sieg der Prohibitionsgegner in Amerika.

Morrrows Erfolg. Die „Rassen“ haben einen großen Sieg zu verzeichnen. Der frühere amerikanische Botschafter in Mexiko, Morrow, ist nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnis bei den Senatswahlen in New Jersey mit überwältigender Mehrheit gewählt worden. Morrow erzielte insgesamt etwas 408 000 Stimmen, während sein „Trotener“ Gegenkandidat Fort nur 114 000 Stimmen auf sich vereinigen konnte. In den letzten Jahren hat kein politisches Ereignis so viel Aufsehen erregt wie der Sieg Morrrows in den Senatswahlen. Morrrows Sieg ist ein weiteres Anzeichen für den wachsenden Widerstand gegen die Alkoholverbotes-gesetze. Bei den „Trotenern“ ist man allerdings der Ansicht, daß New Jersey schon von jeher „naß“ gewesen sei und daß dem Wahlergebnis infolgedessen keine besondere Bedeutung beizumessen sei. Nichtsdestoweniger ist es Tat-

ne Grundlage für die Sonderbillmaßnahmen zur Stützung der ostdeutschen Landwirtschaft.

Das Gesetz geht darauf aus, zunächst für 1930 die erforderlichen Maßnahmen sicherzustellen, und mache die weitere Durchführung auf ein Jahrfrist von dem Gelingen der im Herbst des Jahres zu ordnenden Finanzreform abhängig. Unter dieser Voraussetzung schaffe das Dahilfegesetz, den Rahmen für ein umfangreiches Finanzjahresprogramm.

Der Vorlage ist eine Übersicht über die in Ostpreußen zurzeit in Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung befindlichen ländlichen Grundstücke beigelegt. Daran ergibt sich, daß sich 163 Güter in Zwangsversteigerung und 25 in Zwangsverwaltung befinden. Beim bäuerlichen Besitz umfaßt die Zwangsversteigerung 877 Betriebe, die Zwangsverwaltung 88.

Die neue Diskontsentung.

Einberufung des Zentralkomitees der Reichsbank. Der Zentralkomitee der Reichsbank ist für Freitag einberufen worden. Wie aus Bankkreisen bekannt, dürfte es sich dabei um die Beschlußfassung über die Ermäßigung des Diskontsatzes um ½ auf 4 Prozent handeln.

Der Diskontsatz in New York herabgesetzt. New York, 19. Juni. Die New Yorker Federal Reserve Bank hat am Donnerstag den Diskontsatz auf 2½% herabgesetzt.

Neuer Grenzzwischenfall an der polnischen Grenze.

An der deutsch-polnischen Grenze bei Proßken im Totschilowener Bruch hat sich ein neuer Grenzzwischenfall ereignet. Ein polnischer Zollbeamter wurde dort von einem deutschen Grenzpolizisten in Notwehr erschossen. Staatsanwalt, Untersuchungsrichter und Polizeibeamte begaben sich zwecks Aufnahme des Tatbestandes sofort an den Ort des Zwischenfalls.

Heimwehr gegen Schumy.

Rundgebungen in Graz. Innenminister Schumy war in Graz Gegenstand emporenter Rundgebungen der Heimwehr. Schumy hatte sich nach Graz begeben, um in einer Landbundesversammlung zu sprechen. Er wurde auf dem Bahnhof von Heimwehrleuten erwartet, hatte dies aber offenbar rechtzeitig erfahren und verließ den Zug schon in Bruck, um die Meise im Kraftwagen fortzusetzen. Auch vor seinem Hotel erwartete ihn eine dicke Menschenmenge. Der Innenminister ließ aber vor seinem Eintreffen das Hotel absperren. So konnte er in Sicherheit dorthin und auch in das Verammlungslokal gelangen, wo er seine Rede hielt. Während dieser kam es jedoch auf der Straße zu Protestkundgebungen.